

Wöginger/Bogner-Strauß: Erhöhung der Mindestpension bringt mehr Gerechtigkeit im Alter und reduziert Armutsrisiko von Frauen

Wien (OTS) - Die neue Volkspartei hat sich zum Ziel gesetzt, besonders Menschen mit geringem Einkommen zu entlasten. Bereits Mitte Mai hat die damalige Regierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz angekündigt, die Mindestpension zu erhöhen. Nun setzen wir um, was wir versprochen haben und stellen im Parlament dazu mit einem Initiativantrag die Weichen. Ein entsprechender Beschluss ist nächste Woche im Plenum vorgesehen. Das erklärten heute, Freitag, ÖVP-Klubobmann und Sozialsprecher Abg. August Wöginger und ÖVP-Frauensprecherin Abg. Dr. Juliane Bogner-Strauß.

"Die Erhöhung der Mindestpension ist für jene Menschen gedacht, die lang gearbeitet und in unser System eingezahlt haben. Denn wer im Land etwas leistet, darf nicht der Dumme sein", so Wöginger. "Für uns ist die soziale Absicherung und die weitere Verbesserung der Lebenssituation der Senioren ein besonderes Anliegen. Gerade in dieser Bevölkerungsgruppe gibt es eine große Zahl an armutsgefährdeten Mindestpensionisten."

Ab 1. Jänner 2020 sollen Menschen mit 40 Beitragsjahren nun 1.200 Euro statt 995 Euro netto erhalten, jene mit 30 Beitragsjahren 1.025 statt 995 Euro. Ehepaare erhalten bei 40 Beitragsjahren in Zukunft eine Mindestpension von 1.500 Euro netto statt bisher 1.260 Euro.

"Bei dem neuen Modell werden bis zu fünf Jahre für die Kindererziehung angerechnet, damit wird eine langjährige Forderung der ÖVP Frauen umgesetzt. Wir gehen damit einen weiteren wichtigen Schritt um Altersarmut zu bekämpfen", zeigte sich Bogner-Strauß erfreut. "Denn von dieser Reform profitieren vor allem jene, die zwar viele Jahre gearbeitet, aber trotzdem nur wenig auf dem Pensionskonto haben - und das trifft insbesondere auf Frauen zu. Diese arbeiten häufiger in Teilzeit oder in niedriger entlohnten Branchen und sind fast doppelt so oft von Altersarmut betroffen wie Männer."

Zudem werden im neuen Modell auch Zivil- und Präsenzdienst bis zu einem Jahr angerechnet. Insgesamt profitieren davon 40.000 Menschen.

Die Kosten für die Erhöhung in Höhe von 50 Millionen Euro sind im Stabilitätsprogramm bereits eingerechnet. "Wir bleiben dabei: Wir

machen auch mit dieser Maßnahme keine neuen Schulden", so der Klubobmann abschließend. (Schluss)

~

Rückfragehinweis:

Pressestelle des ÖVP-Parlamentsklubs

01/40110/4436

<http://www.oevpklub.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/169/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0093 2019-06-28/11:00

281100 Jun 19

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190628_OTS0093